



# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Verlagsgesellschaft: Die Spalt. Druckerei und Verlagsbuchhandlung, 10. Poststr. 10, Calw.  
Druck: Die Spalt. Druckerei und Verlagsbuchhandlung, 10. Poststr. 10, Calw.  
Telefon: 221.

Verlagspreis: Monatl. 3.50, halbjährl. 19.50, einjährig 36.00. Best.-Geld, 20.00. Zustellungsgeb.: 0.50.  
Anzeigenpreis: 1.00 einzeilig 20.00, zweizeilig 15.00, dreizeilig 10.00. Bei Nichterscheinung der Zeit. inf. geb. Gewähr.  
Abbestellungsfrist: 14 Tage vor Ablauf der Zeit. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 221.

Nummer 266

Mittwoch, den 14. November 1934

87. Jahrgang

### Der Preiskommissar greift durch

Markenartikel nur noch mit Genehmigung des Preiskommissars — Maßnahmen gegen die Erleichterung des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher

Berlin, 13. Nov. Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung des Preiskommissars für Preisüberwachung, Dr. Gerdeler, über Preisbindungen und gegen Verleichterung der Bedarfsdeckung veröffentlicht. Im Paragraph 1 ist die im wesentlichen eine Wiederholung der vom Reichswirtschaftsminister erlassenen Verordnung vom 16. Mai 1934.

Sie bestimmt in Paragraph 1, daß Verbände und andere Zusammenschlüsse öffentlich oder bürgerlichen Rechts Preise, Mindestpreise, Höchstpreise und Mindestzuschläge nur noch mit Genehmigung des Preiskommissars oder seiner Bevollmächtigten festsetzen, verändern, empfehlen oder zum Nachteil der Abnehmer des Kleinhandels ändern dürfen.

Paragraph 2 verbietet Erzeugern und Großhändlern ohne vorherige Einwilligung des Preiskommissars Kleinhandelspreise festzusetzen oder zum Nachteil der Abnehmer zu verändern. Damit wird der unbegrenzte Herausgabe neuer Markenartikel ein Riegel vorgeschoben. Der Preiskommissar wird die Genehmigung für neue Markenartikel nur erteilen, wenn die Ware hinreichend Qualität für einen markenwürdigen Schutz aufweist und die Preisstellung in allen Teilen angemessen ist.

Paragraph 3 unterlagert, den Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher durch Einschaltung volkswirtschaftlich entbehrlicher Zwischenstellen aller Art zu erleichtern, zu verlangsamen oder zu verweigern. Damit soll selbstverständlich nicht die volkswirtschaftlich notwendige Funktion des großen Einzelhandels angegriffen werden. Sie ist im Gegenteil unentbehrlich. Wenn jeder Verbraucher seinen ganzen Warenbedarf bei den verschiedenen Erzeugern decken würde, würde er ein Mehrmaß seines Einkommens verlieren müssen. Betroffen werden sollen hiermit aber diejenigen Zwischenhaltungen auf dem Wege der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher, die entbehrlich sind und irgend eine volkswirtschaftlich berechtigte und nützliche Wirkung nicht mehr haben. Damit auch hier keine Unklarheiten in der Praxis entstehen, hat sich der Preiskommissar die Entscheidung vorbehalten, ob die Zwischenstelle im einzelnen Fall volkswirtschaftlich entbehrlich ist oder nicht.

### Kauf- und Lieferungsverträge müssen eingehalten werden

Eine Bekanntgabe des Preiskommissars

Berlin, 13. Nov. Beim Preiskommissar für Preisüberwachung gehen täglich Klagen ein, daß bei Verträgen, die vor einigen Wochen oder Monaten fest abgeschlossen sind, der Verkäufer jetzt die Lieferung nur zu erhöhtem Preise oder zu sonstigen veränderten Lieferungs- oder Zahlungsbedingungen ausführen will.

Es wird darauf hingewiesen, daß ein solches Verhalten bei zu festen Bedingungen abgeschlossenen Verträgen vollkommen rechts-widrig ist und Einhaltung abgeschlossener Verträge zu den selbstverständlichen Pflichten eines ehrbaren Kaufmannes gehört.

Auch Verbände die Preise bestimmen haben, haben häufig versäumt, auf ihre Verbandsangehörigen einen Druck auszuüben, daß selbst solche Waren zu den neuen höheren Preisen abzugeben sind, die noch zu einer Zeit eingekauft sind als Preisbindungen oder Auflagen nicht bestanden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach Auflösung des Preiskommissars diese Verträge, „Altware“ späteren Preisbindungen oder verstärkten Abgabebestimmungen zu unterwerfen, unzulässig sind.

### Der Stellvertreter des Führers gegen Byzantinismus

Berlin, 13. November. Der Stellvertreter des Führers hat folgende Verfügung erlassen: „Zu meinem größten Befremden finde ich in der Presse immer wieder Aufforderungen zum Flagen und byzantinischen Begrüßungsartikeln gelegentlich der Anwesenheit oder Durchfahrt führender Parteigenossen — im eigenen Gebiet oder in Parteizeitungen des eigenen Reiches — sowie geschmacklose Geburtstagsartikeln, die die verherrlichten Führer, damit aber auch die Bewegung an sich lächerlich machen und mit der für Nationalsozialisten gebotenen Zurückhaltung keinesfalls zu vereinbaren sind. Das Ansehen führender Parteigenossen kann in den Augen der Partei- und Volksgenossen nur durch Leistung gehoben werden und durch das Vertrauen, das sie sich durch Taten und im persönlichen Verkehr zu erwerben verstehen. Ich verbiete hiermit lehrmäßig jede Beweihräucherung, Ihre Veranlassung oder Duldung in der Presse oder sonstigen Öffentlichkeit und werde in Zukunft unmissverständlich die jeweils Schuldigen ohne Rücksicht auf ihre früheren Verdienste ihrer Ämter entheben.“

### Mahnung an das In- und Ausland

Der Reichsfinanzminister über „öffentliche Finanzen und Wirtschaft“

Wachen, 13. Nov. In Aachen sprach am Montagabend der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin von Krosigk über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“. Er erinnerte an die Sponsionstheorie, die mit Hilfe des Auslandskredits erzeugt wurde, und an den großen Fehler, daraus nicht die Notwendigkeit zu ziehen, die unentbehrlich in dem Augenblick kommen mußte, in dem die Kredite nicht mehr flossen. Die dann folgende Drosselung der Ausgaben verringerte nicht nur alle Einnahmen, sondern erhöhte auch die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit und schädigte die Steuermoral.

Die erste Wende dieser Politik kam Ende Januar 1933, als man die Sicherung des Haushaltes aufbaute auf das Vertrauen des Volkes. Praktisch geschah das durch Vermehrung und Verklärung der öffentlichen Aufträge einzeln und dem Anreiz zur Vermehrung der Privataufträge andererseits. Auch das zufällige Arbeitsbeschaffungsprogramm war nicht eine künstliche, sondern eine echte Arbeitsbeschaffung, weil es gleichzeitig der Wirtschaft Anstoß zur Initiative gab. Mit Nachdruck wies der Minister auf die Notwendigkeit hin, die Arbeitslosigkeit, die am härtesten den Wirkungen von Krisen ausgesetzt ist durch Siedlung krisenfest zu machen. Für die Belebung der privaten Initiative nannte der Minister zahlreiche Beispiele, unter anderem die Steuererleichterungen und die Ehestandshilfe. Hier sei eine sehr dringlich gewordenen Bevölkerungspolitik durchgeführt worden, weil unter Volk im Begriff stand, zu sterben. Wirtschaftlich war es einer der unschätzbarsten Zusätze der Konjunktur, zu glauben, die Arbeitslosigkeit könne durch Verminderung der Kinderzahl bekämpft werden. Wenn das neue Einkommensteuergesetz nicht überall volle Zufriedenheit hervorgerufen habe, so sei das zu verstehen, aber jede Steuererleichterung habe ihre Grenzen. Hier liege die Grenze in der Vorbildung der kommenden Jahre durch die Rückzahlung der Kredite, die zur Finanzierung der zuzüglichen Arbeitsbeschaffung aufgenommen worden sind. Die oft gestellte Frage, woher das Geld für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung genommen wurde, beantwortete der Minister dahin, daß es in Wecheln von den Sparstoffen und Bankrot, u. a. auch von der Reichsbank gegeben worden sei. Die Einführung dieser Wechsel belaste zwar die kommenden Jahre, aber abgesehen davon, daß im Jahre 1933 gar keine andere Wahl gegeben war, sei es eine einlaute Rechnung, zu beweisen, daß die Rückzahlung der Wechsel durch die Ersparnisse aus Aufwendungen für Arbeitslosenhilfe und Steuererleichterungen aus der Wirtschaftssektion gedeckt sei.

Auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft werden wir bestimmt nicht pleite gehen, erklärte der Minister, machte aber auf Gefahrenherde aufmerksam. Alte Weiber heidelerlei Geschlechts machten aus einer leicht verhandelbaren Knappheit die Ueber-treibung eines Mangels. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Deckung des neuengewonnenen Mehrbedarfs auch eine vermehrte Ein-

fuhr von Rohstoffen erfordere. Die Devisenschwierigkeiten seien eine Folge des Verfalls der Deutscher Reichsmark, das industriellen Land der Welt, sei durch das Verfall der Deutscher Reichsmark das rohstoffärmste und damit kapitalärmste Land geworden. Das ist etwas, was es sonst in der Welt nicht gebe. Sie seien den großen Industrieländern Gläubiger geworden und hätten Kredite an die Rohstoffländer gegeben die damit ihre Rohstoffe bezahlten. Nachdem uns unsere Rohstoffgebiete genommen worden seien, wir also mehr noch als früher Rohstoffe kaufen und mit Devisen bezahlen müßten, sollten wir auch politische Schulden bezahlen. Das Ausland, das wohl wisse, daß eine solche Bezahlung nur durch Ware möglich ist, verweigere die Abnahme dieser Waren. Das ist widerwärtig. Wir haben heute unsere Gläubigern gesagt: Wir wollen zahlen, laßt uns zahlen mit dem, was Deutschland leisten kann, mit Waren und mit Diensten. Aber Waren von Deutschland abnehmen und gleichzeitig Bezahlung von Deutschland zu fordern, das ist ein wirtschaftlicher Widerspruch und ist nicht durchführbar. Ich hoffe, daß wir schließlich doch einmal mit diesen ganz selbstverständlichen und ganz klaren Beweisgründen Gehör finden werden. Vorläufig bleibt uns nichts weiter übrig, als den bisherigen Weg zu geben, jeden Versuch zu machen unsere Ausfuhr zu fördern, aber auch unsere Einfuhr aus dem Ausland einzuschränken.

Dabei hat der Minister, ein Wort nicht anzuwenden, das er hoffe, das Wort: Erjackstoffe. Was wir selbst erzeugen, sind nicht Erjackstoffe. Ebenso wie der Rübenzucker kein Erjackstoff war für den Rübendruck. Der neue Devisenplan wird zweifellos Schwierigkeiten bringen, niemals aber fühlbaren Mangel bringen, wenn nicht das deutsche Volk selbst die Kerker verläßt und durch ungeschickte Samstags-Schäden herbeiführt, zu denen kein Anlaß vorliegt. Hamstererei würde nur zur Preistreiberei führen. Daß die Regierung jeder Preistreiberei scharf entgegentritt, hat sie durch die Ernennung Dr. Gerdelers zum Preiskommissar und durch dessen Solort-Maßnahmen bewiesen. Alle diese Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung bedeuten nicht das Ende der freien Wirtschaft. Der Staat schreibt nicht jedem Betrieb die Einzelheiten seines Handelns vor, sondern er gibt nur die Richtlinien, mit denen er die Wirtschaft lenkt und leitet, um aus der marktlichen Entstehung der Begriffe von der Ehre der Arbeit und der Ehre des Handelns herauszukommen.

Stürmischen Beifall fand der Minister als er erklärte: Der königliche Kaufmann war in dem Augenblick verschwunden, als über dem Hauptbuch nicht mehr stand: „Mit Gott“. Falls wie der ganze Marxismus, war auch sein Glaube an ein Primat der Wirtschaft vor der Politik. Mit dieser Lehre machte der Staat selbst der Wirtschaft Konkurrenz. Je härter ein Staat ist, um so weniger hat er es nötig, selbst Wirtschaft zu treiben. Darum ist unser Staatsziel: ein harter, ehrbarer Staat und in der Zeit dieses Staates eine freie ehrbare Wirtschaft.

### Der Ehrensold für die Hinterbliebenen der Gefallenen der Bewegung

Ausführungen des Reichshauptmeisters

Berlin, 14. November. Der Reichshauptmeister der NSDAP hat, wie der „B. B.“ meldet, die folgenden Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Führers vom 9. November 1934 erlassen:

Auf Grund der Ziffer 3 der Verfügung des Führers vom 9. November 1934 über die Gewährung eines Ehrensoldes der NSDAP an die Hinterbliebenen der im Dienst der nationalsozialistischen Idee und für die Eroberung des Staates Gefallenen erlaßt ich folgende Ausführungsbestimmungen:

1. Einen Ehrensold erhalten die Hinterbliebenen der auf der Ehrenliste der gefallenen Kämpfer der NSDAP verzeichneten Toten der Bewegung. Hinterbliebene im Sinne dieser Bestimmung sind die Ehegatten, Kinder oder Eltern.
2. Der Ehrensold wird für ein Kalenderjahr festgesetzt, erstmals für das Kalenderjahr 1935. Die Zahlung des Ehrensoldes erfolgt in monatlichen Teilbeträgen. Ich behalte mir vor, die Festsetzung des Ehrensoldes bei Vorliegen wichtiger Gründe jederzeit zu ändern.
3. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Ehrensoldes besteht nicht. Der Ehrensold ist eine freiwillige zusätzliche Leistung der NSDAP, die dazu bestimmt ist, den Hinterbliebenen der Gefallenen der Bewegung den Dank der Partei in sichtbarster Form abzugeben. Der Ehrensold ist unpfändbar. Gemäß dem Willen des Führers darf der Ehrensold von den staatlichen und sonstigen Behörden auf das Einkommen der Bedachten nicht angerechnet sowie bei der Fest-

setzung von Hinterbliebenenrenten, Versorgungsbezügen und dergleichen, insbesondere bei den auf Grund des Gesetzes über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung vom 27. Februar 1934 gewährten Bezügen, nicht berücksichtigt werden.

4. Anträge auf Gewährung eines Ehrensoldes sind beim Reichshauptmeister der NSDAP, München 43, Postfach 80, mit entsprechenden Belegen einzureichen. München, den 13. Nov. 1934. Reichshauptmeister: G. S. Schwarz.

### Deutscher Gruß!

Berlin, 13. November. Der Reichspostminister fordert in einem Erlaß das Personal der Reichspost auf, den deutschen Gruß im Dienst und außer Dienst nur noch durch Erheben des rechten Armes und den gleichzeitig deutlichen Ausspruch „Heil Hitler“ auszuführen. Beamte, die wegen eines körperlichen Fehlers oder sonst am Gebrauch des rechten Armes verhindert sind, sollen möglichst den linken Arm erheben.

### Einkommensteuervorauszahlungen der Landwirte am 10. Dezember

Berlin, 13. Nov. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Land- und Forstwirten die nächste Vorauszahlung wie bisher am 15. November oder, wie es das neue Einkommensteuergesetz vorsieht, am 10. Dezember, zu leisten ist. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß das neue Einkommensteuergesetz bereits in Kraft getreten ist, und daß Land- und Forstwirte daher ihre nächste Einkommensteuervorauszahlung nicht wie bisher am 15. November, sondern erst am 10. Dezember 1934 zu entrichten haben.



Flandris Regierungserklärung

Paris, 13. Nov. Die Regierungserklärung, die vom Ministerpräsidenten in der Kammer und vom Justizminister Fernod im Senat verlesen worden ist, beginnt mit der Versicherung, daß der Burgfrieden andauere. Die Regierung schloß deshalb vor Einigung im Hinblick auf das tätige Handeln und entschlossenes Vorgehen in der Einigung für Frankreich und die Republik. Frankreich wolle den Frieden. Die Regierung werde ihn drinnen und draußen aufrecht erhalten. Wir werden unsere Bündnisse und unsere Freundschaften ausbauen. Wir werden die Landesverteidigung verstärken. Wir werden im internationalen Recht durch den Völkerbund die Gerechtigkeit suchen, die für die schwergeprüften Frontkämpfer die Hoffnung auf eine Belohnung für die gebrachten Opfer bleibt. Wir werden die Republik gegen alle revolutionären oder auf eine Diktatur abzielenden Anstöße verteidigen. Wir werden weder Privilegien noch Straffreiheiten dulden.

Die Wiederherstellung der Exekutivgewalt scheint uns wie allen Franzosen notwendig. Bedingung hierfür ist eine stabile Regierung. Sollte sich herausstellen, daß im jetzigen Kabinett der parlamentarischen Einrichtungen es unmöglich wird, sie zu sichern, dann werden wir nicht zögern, von den von der Versammlung vorgezeichneten Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Wir rechnen aber damit, daß das Parlament als Ausdruck der Volkshoheit uns seine Mitarbeit beim nationalen Aufbau, den wir fortsetzen wollen, nicht verweigert. Mit fast einstimmiger Zustimmung hatte Präsident Doumergue sich an diese Aufgabe gemacht, wir übermitteln ihm hierfür die dankbare Anerkennung der Nation. (Lebhafte Beifall in der Mitte und rechts, Proteste links.)

Weiterhin kündigt die Regierungserklärung an, daß das Recht des Parlaments bezüglich der Ausgabenbewilligung eingeschränkt werden soll, daß die Ruhe und Ordnung auf der Straße trotz einer bedauerlichen Hege aufrecht erhalten werden wird, daß der republikanische Staat nicht vor den Parteibünden kapitulieren werde. Die Aufgaben und Pflichten der Beamtenklasse sollen ihren Niederschlag in einer Art Ehrenlohn finden, an dessen Ausarbeitung die Beamten selbst teilhaben würden. Später werde man auch über die Wahlreform verhandeln müssen. Die politischen Fragen der Neuordnung und Verjüngung der Demokratie sei ebenfalls in der Welt wegen der Vernichtung der wirtschaftlichen Ordnung aufgetaucht.

Das wirtschaftliche Zwangsregime habe überall Schiffbruch erlitten. Nach und nach müsse man zur organisierten, kontrollierten Freiheit zurückkehren. Die Regierung verspricht, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens fördernd einzugreifen, um das normale Spiel des Wirtschaftsaustausches zu begünstigen. Wirtschaftlich gesunde Unternehmen sollen durch eine großzügige Kreditgewährung am Leben erhalten werden. Das Vorrecht der Frau auf Arbeit in ihrem eigenen Lande wird als erste Maßnahme bezeichnet, die keinerlei Widerspruch auslösen könne. (Lebhafte Beifall.) Der notleidenden Landwirtschaft werde die Regierung ihr besonderes Augenmerk schenken.

Auf internationalem Gebiete sollen die Verhandlungen zwecks Stabilisierung der Währungen, Abschaffung der Handelsbarrieren und Annullierung des Außenhandels beschleunigt werden. Zum Schluß wendet sich die Regierungserklärung an das Parlament mit der Bitte um Achtung des Burgfriedens. Frankreich zähle 100 Millionen Einwohner in seinem gesamten Reich, das ungeheure wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten biete. Aufgabe und Ziel müsse bleiben, den Nachfahren ein besseres Leben in einem verschönten Vaterland zu hinterlassen.

Vertrauensvotum für Flandin

Paris, 13. November. Mit 423 gegen 118 Stimmen bei etwa 60 Stimmentzückungen bzw. Abschwänden hat die Kammer dem Kabinett Flandin das Vertrauen ausgesprochen.

Kurz vor Schluß der Abstimmung, die eine namentliche Ausscheidung erforderlich machte, spielte sich noch ein kleines politisches Manöver ab. Während ein rechtsstehender Abgeordneter einen Antrag zur Vertrauensentscheidung vertrat, der, wie bereits gemeldet, eine Kundgebung für Doumergue mit einbegreifen sollte, wurde von links ein entgegengesetzter Antrag eingebracht, der die Genugtuung der Kammer über die Befestigung der „drohenden Gefahr“ einer persönlichen Nachstellung Doumergues zum Ausdruck bringen sollte. Ministerpräsident Flandin veranlaßte die Antragsteller, auf ihre Forderungen zu verzichten, indem er die Vertrauensfrage stellte. Damit war der Weg frei für die endgültige Abstimmung, deren Ausscheidung 48 Minuten in Anspruch nahm.

Die belgische Regierung zurückgetreten

Brüssel, 13. Nov. In der Kammer hielt Ministerpräsident de Broqueville eine längere Rede, die mit der Erklärung schloß, daß das jetzige Kabinett das wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbauprogramm, das es auf Grund der von der Kammer im Sommer bewilligten Sonderermächten durchzuführen unternehmen habe, nicht zu Ende führen könne, weil unter den Ministern in letzter Zeit Meinungsverschiedenheiten über die weitere Fortsetzung entstanden seien. Der Ministerpräsident erklärte, daß die beiden Minister ohne Amtsbereich, von Zeeland und Inghelien, bereits in der vorigen Woche ihre Demission überreicht hätten. Unter diesen Umständen habe er sich entschlossen, dem König die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen. Nach der Rede des Ministerpräsidenten, die von der Kammer mit großer Teilnahme verfolgt worden wurde, verließen die Minister geschlossen den Saal. Der Präsident der Kammer hob darauf die Sitzung auf.

Neun Imro-Seaner ermordet aufgefunden

Sofia, 13. Nov. Wie aus der mazedonischen Stadt Petrich gemeldet wird, haben die Behörden auf einer Wiese bei der Eisenbahnhaltestelle Petrin ein Grab mit neun Leichen gefunden. Alle Leichen konnten wieder-erkannt werden. Es handelt sich um Einwohner des Dorfes Krupnik. Unter den Toten fand auch ein Gemeinderatsmitglied, ein Lehrer und ein Steuereinschreiber die Gegner des Imro-Führers Michailoff waren, der sie verschleppen und ermorden ließ. Die Mörder sind vor drei Monaten verhaftet worden.

Sowjet-Schweds in Barcelona

Madrid, 13. Nov. Bei Hausdurchsuchungen in Barcelona hat die Polizei Schriftstücke beschlagnahmt. Unter diesen befinden sich Schwachschnitte, aus denen hervorgeht, daß die katalanischen kuffständigen bedeutende Geldunterstützungen aus der Sowjetunion bezogen haben.

Göring über die Rechtsicherheit

auf der Vollziehung der Akademie für Deutsches Recht

Berlin, 13. Nov. Auf der Vollziehung der Akademie für Deutsches Recht sprach Ministerpräsident Göring über die Rechtsicherheit als Grundlage der Volksgemeinschaft. Ministerpräsident Göring führte aus:

Wenn ich vor der Akademie für Deutsches Recht einige Ausführungen mache, so bitte ich Sie, darin ein starkes und festes Bekenntnis zum Recht als Grundlage der Rechtsicherheit, besonders als Grundlage der Volksgemeinschaft zu erblicken. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß in der kurzen Zeitspanne, wo ich durch das Vertrauen des Führers die Ehre habe an der Spitze Preußens zu stehen, ich mich bemüht habe, jenes Rechtsempfinden und jene Rechtsicherheit wieder herzustellen, die aus tiefster Erleichterung gewachsen sind, als wir zur Macht gekommen waren.

Auch wir Nationalsozialisten erkennen die Bedeutung des Rechts für das im Staat geordnete Zusammenleben der Volksgenossen durchaus. Aber wir gehen dabei von einer natürlicheren Lebens- und Staatsauffassung aus. Das Primäre für uns ist nicht der Einzelne, sondern die Gemeinschaft aller Volksgenossen. Deshalb nennen wir uns Sozialisten.

Ich weiß, daß man nun den Grundsat des Rechtes an sich selbstverständlich auch übersteigern kann. Nur das eine will ich hier bereits hervorheben: Nicht das Recht an sich ist das Primäre, sondern immer und überall das Volk, aus dem heraus erst Staat und Recht entstehen kann. Wir haben die drängenden Fragen des Volllebens durch Geleße zu lösen verlernt und haben dabei schon einen gewaltigen Teil des unbrauchbaren Rechtsbestandes durch nationalsozialistisches Rechtsgut ersetzt.

Der Staat muß dafür sorgen, daß die Geleße richtig erfüllt und sachgemäß gehandhabt werden. Er muß jedem Gliede der Volksgemeinschaft, jedem Volksgenossen die ordnungsmäßige und zweckentsprechende Anwendung der Geleße, d. h. den Schutz der Geleße garantieren. Das aber ist Rechtsicherheit. Nur dann können sich die Kräfte des Volkes gegenseitig entfalten wenn jeder Volksgenosse in der Gewißheit leben kann, daß seine Persönlichkeit als Mitglied dieser großen Gemeinschaft geschützt und geschützt wird, daß vor allem auch seine Ehre vollen Schutz erhält, und daß das, was er sich durch schaffende Arbeit erworben oder was ihm von seinen Vätern abertommen ist, ihm auch gesichert wird.

Die Rechtsicherheit ist die Grundlage jeder Volksgemeinschaft. Das gilt ganz besonders für den nationalsozialistischen Staat. Diese Lebensform beruht nicht auf Furcht und Bedrückung und steht gerade um deswillen im Gegensatz zu Despotismus und Willkür. Ihre Grundlage ist die wechselseitige Treue zwischen Führer und Gefolgschaft. Es kann aber nicht in Betracht kommen, daß der nationalsozialistische Staat keine Organe, keine Rechtsmittel einlegt, um den in seinem Tun zu schädigen, der etwas begehrt und erstrbt, was der Volksgemeinschaft schädlich ist.

Der Hausbesitzer, der unbarmherzig und skrupellos arme Volksgenossen um Rechte streifen will, odachtlos macht, hat den Schutz des Staates in diesem Treiben verwirkt, denn er verläßt gegen die Grundgesetze der Volksgemeinschaft, selbst wenn er in seinem Tun den Schein eines Geleßeparagraphen für sich hat. Sie wissen, auf welchen geradezu unerbörten, menschlich einfach unverständlichen Fall ich anspiele, und ich verlendere Sie, daß ich hier auch in Zukunft mit unerbittlicher Härte soweit die Dinge mich angehen, durchgreifen werde.

Das Recht ist eben so wenig Selbstzweck wie der Staat, und kein Staat, der seinem Wesen und Zweck treu bleiben will, kann sich dazu hergeben, diejenigen in ihrem Tun zu schützen und zu unterstützen, die gegen seinen eigentlichen Grundgedanken und Grundzweck verstoßen handeln.

Jeder einzelne der Gefolgschaft hat den Anspruch auf Schutz der Geleße, aber auch nur, solange er sich in der Volksgemeinschaft als wirklicher Volksgenosse im wahren Sinne dieses ehrenvollsten Wortes bewegt.

Wir müssen uns auch davor hüten, daß, wie ich schon sagte, in einer Verbertierung des Rechtes eine Zerrörung des Rechtsempfindens des Volkes eintritt. Das Recht muß so gestaltet sein, daß es irgendwo im Inneren des einzelnen Volksgenossen Anklang und Widerhall findet, daß es nicht einfach vollkommen verständnislos über den Wollen thronend in seiner juristischen Kaste ausgegastet worden ist, sondern es muß immer blut- und gehaltvoll in lebendiger Verbindung mit dem Volke stehen und aus dem Volke heraus geworben werden.

Der Deutsche ist von jeder ein rechtlich denkender und fühlender Mensch gewesen.

So hat gerade der Deutsche stets und zu allen Zeiten eine tiefe und leidenschaftliche Sehnsucht nach Gerechtigkeit gehabt. Wir wissen, daß wir diese Sehnsucht niemals absolut erfüllen können; denn wir sind Menschen und damit menschlichen Irrungen, Verzerrungen und Zerrwürmen unterworfen. Aber wir dürfen niemals unterlassen, in allem unserem Tun und Handeln die absolute Befriedigung dieser Sehnsucht anzustreben.

Untragbar aber ist es für jede gesunde, natürliche Volksgemeinschaft, wenn der einzelne anständige Volksgenosse das Gefühl haben müßte, er sei gegen gewisse Angriffe hilflos, seine Sicherheit liege in der willkürlichen Entscheidungsgewalt Anderer. Das bedeutet nicht Volksgemeinschaft, sondern Willkürherrschaft, das bedeutet nicht die vom Nationalsozialismus für das Volk erstrebte Kraft und Lebensfreude, nicht Vertrauen und Glauben, sondern lähmendes Mißtrauen und Furcht. Solche Zustände müssen rückwärts losgerissen werden. Ich habe darum bereits im März d. J. unausgesprochen und ohne Ansehen der Person durchgegriffen, als ich Nachricht davon

Oesterreichischer Besuch in Rom

Rom, 13. Nov. Amlich wird bekanntgegeben: Gegen Ende dieser Woche werden der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und der österreichische Außenminister von Bergedorf-Waldburg nach Rom kommen. Der Besuch Dr. Schuschniggs, der schon einmal Gelegenheit hatte, sich mit dem Chef der Regierung in Florenz im August während der großen Manöver zu treffen, erhält diesmal wegen seines amtlichen Charakters besondere Bedeutung. Der Aufenthalt wird voraussichtlich zwei bis vier Tage dauern. Es werden in dieser Zeit Verhandlungen im Rahmen des italienisch-österreichischen Abkommens vom 8. Februar 1930 und der italienisch-österreichisch-ungarischen Protokolle vom März stattfinden.

detaun, daß z. B. in Stuttgart unschuldigen Menschen aus Grundhaltloser Verdächtigungen schweres Unrecht zugefügt wurde.

Es geht auch nicht an, daß jemand ein Amt, eine Führerstellung im Staate ungestraft dazu benutzen kann, das Recht unseres nationalsozialistischen Staates und damit den Willen des Führers zu verletzen und dadurch den ihm unterstellten Volksgenossen Unrecht zuzufügen.

Vor allem aber ist es unmöglich, daß in der Anwendung des Gesetzes, das gegenüber dem einen Teil der Volksgemeinschaft ordnungsmäßig gehandhabt wird, vor einem anderen Teil das Gemachte wird, daß ein Teil der Volksgenossen vor dem Gesetz eine bevorzugte Stellung genießt. Ein solcher Zustand würde eine unüberbrückbare Kluft zwischen diesen Volksgenossen und dem übrigen Teil des Volkes ziehen, er würde den Todesstoß für jedes Recht, aber auch für jede Volksgemeinschaft bedeuten. Eine wirkliche, auf Vertrauen und Achtung aufgebauete Gemeinschaft aller Artgleichen ist nur möglich, wenn alle, aber auch alle Teile der Gemeinschaft von der Gewißheit durchdrungen und erfüllt sind, daß ihnen der Schutz des Gesetzes, daß ihnen das Recht gemeinsam und gleich gewährleistet ist. Wir wollen doch nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen, sondern wir wollen gerade die großen Schädlinge besonders anfassen. Die dem nationalsozialistischen Staatsgrundgesetz hat der Führer in seinen zwölf Punkten erneut fundamentalen Ausdruck verliehen.

Der Führer hat in seinem Amtegesetz vom 7. August 1934 noch einmal in hochherziger Weise Gnade geübt. Wer sich jetzt gegen die Geleße des Staates verkehrt, handelt gegen den Willen des Führers, handelt gegen die Bewegung, gegen das Staatsgefüge und gegen unsere Weltanschauung. Er verfehlt damit die heilige Treupflicht gegenüber dem Führer; denn die Treue der Gefolgschaft heißt Gehorsam. Er handelt damit auch gegen die Volksgemeinschaft, die vom Geiste und Willen des Führers erfüllt und getragen wird. Das gilt für jeden, aber auch jeden Volksgenossen. Wir alten Nationalsozialisten haben im Kampfe, haben in den langen Jahren der Kampfzeit von unserem Führer gelernt, selbstlos der Sache zu dienen und selbstlos und eigenennützig nur einem uns hinzugeben, der großen heiligen Liebe zum deutschen Volke, zur deutschen Volksgemeinschaft. Wir haben nicht gekämpft, um Vorteile vor anderen zu erlangen. Hätten wir das getan, so verdientes wir nicht den Namen ehrlicher Kämpfer, so verdientes wir nicht die Achtung vor uns und unserem Kampf, die wir heute fordern können und fordern. Für uns gilt weiter in unserem Kampfe das große Geleß des Führers: „Alles um des Volkes willen tun, in allem nur an das Volk und seine Gemeinschaft denken!“ Wohin es führt, wenn wir dieses Geleß vergeßen, das haben uns die Ereignisse, die wir in der Mitte dieses Jahres erleben mußten, mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Die harte und entsetzliche Tod des Führers war auch deshalb erforderlich um eine Veränderrung der Rechtsicherheit zu vermeiden und damit die bedrohte Volksgemeinschaft zu retten.

Meine Herren, es ist diese vielleicht größte Rechtsstat vom Zustand miterbunden worden. So hat man zu erklären versucht, hier habe Willkür geherrscht, hier sei ohne ordentliche Gerichte verurteilt worden und ähnliches mehr. Meine Herren, für das deutsche Volk ist das erlittene durch das Wort des Richters in dieser Stunde, des Führers, der erklärt hat: In dieser Stunde der höchsten Gefahr sei er allein, der vom Volke gewählte Führer, oberster und alleiniger Gerichtsherr der deutschen Nation. Das Aufatmen des ganzen Volkes, seine Zustimmung, seine dem Führer bezeugte glühende Begeisterung in jenen Tagen, sprachen ein herbeiteres Zeugnis für das Rechtsempfinden des Volkes, als alle anderen Dinge je vermocht hätten. Darum bitte ich auch hier noch einmal die Herren Richter und Staatsanwälte, gerade die heutige Lage mit einem besonderen Takt zu behandeln. Sie haben eine unerhörte notwendige, aber auch heilige Aufgabe. Noch führen wir alle zunächst noch eine jahrelange leidenschaftliche Kampfzeit gegen einen Staat, den wir geküßt haben und dessen Geleße wir nicht anerkennen konnten. Aus diesem Grunde dämmert und schläft noch in zahllosen unserer Kämpfer das Gefühl, daß ihnen Unrecht widerfährt von dem damaligen Staat durch den Mund der damaligen Richter, die auch heute noch im Amte sind. Sie mögen sich nur einmal in die Seele dieser kleinen Kämpfer hineinverlegen und mögen daraus erkennen, was für eine unerhörte wichtige Aufgabe sie heute zum Zusammenhalten der Volksgemeinschaft haben. Sie müssen auf der einen Seite das unerbittliche Recht sprechen lassen, auf der anderen Seite darf die ihnen durch unsere Autorität gegebene Machtstellung nicht mißbraucht werden.

Gerade bei den Richtern und Staatsanwälten liegt es hand in Hand, mit uns die neue Rechtsicherheit aufzubauen, von allen Seiten, aber im nationalsozialistischen Geist, der Verbindendes in sich birgt. Volksgemeinschaft verlangt Selbstlosigkeit, sie verlangt aber auch Vertrauen und hilfsbereites Verhalten jedem einzelnen gegenüber dem Volksgenossen. Falsche Milde, falsche Humanität sorgen nur dafür, Rechtsbegriffe und Rechtsicherheit zu untergraben, zu unterwühlen, zu zerstören. Falsche Milde hat zu allen Zeiten die Rechtsicherheit zerstört und den Staat selbst untergraben. (Lebhafte Beifall.)

Im Kampfe gegen falsches Recht und Rechtslosigkeit hat Adolf Hitler das Dritte Reich geschaffen. Sorge jeder an seinem Platte, auf den ihn der Führer gestellt hat, daß in die Geschichte das Reich als das Reich der Gerechtigkeit eingetragt wird mit dem altpreussischen Grundsat: Juum cuique — jedem das Seine. (Lebhafte Beifall.)

Zahlreiche englische Bewerber für die Saarpolizei

London, 13. November. Im Kriegssamt sprach am Dienstag eine größere Anzahl von Bewerbern für die Saarpolizeitruppe vor. Die zunehmende Zahl dieser Bewerber gegenüber der Borwoche ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Saarpolizeifrage in der letzten Zeit von der gesamten Presse eingehend besprochen worden ist. Während der letzten zwei Tage haben etwa 150 Männer, davon größtenteils ehemalige aktive Offiziere, im Kriegssamt und im Auswärtigen Amt vorgesprochen. Wenige Bewerber besaßen jedoch die notwendige Eignung, die vor allem in guter Kenntnis der deutschen und französischen Sprache besteht.



# Aus Stadt und Land

Altensteig, den 14. November 1934.

**Amüliches, Prüfung für den mittleren Justizdienst.** Bei der im Herbst ds. Js. abgehaltenen Prüfung für den mittleren Justizdienst sind 48 Prüflinge zur Uebernahme des in § 1 der Verordnung des Staatsministeriums vom 8. Juli 1931 bezeichneten Amtes für befähigt erklärt worden u. a.: Karl Graf von Freudenstadt; Wilhelm Hörmann von Nagold; Fritz Reichert von Neuenbürg; Gustav Schill von Nagold. Sie erhalten die Bezeichnung Notariatspraktikant.

**Seinen 90. Geburtstag** kann heute in Offenhausen O.A. Mänzingen in seltener geistiger und körperlicher Rüstigkeit Forstdirektor a. D. Karl Stod feiern. Von 1881 bis 1893 war Karl Stod staatlicher Oberförster in Altensteig, nachdem er zuvor das benachbarte Forstamt Hofstett inne hatte. Forstdirektor a. D. Stod ist in Altensteig und Umgebung noch in allerbesten Erinnerung. Er selbst hat seine Anhänglichkeit an den Schwarzwald und an Altensteig dadurch bewiesen, daß er seit seinem Hiersein Mitglied des Schwarzwaldvereins, Ortsgruppe Altensteig, geblieben ist. Die heutige Ortsgruppe gedachte seines treuen Mitgliedes heute in einem Glückwunschschreiben, verbunden mit einem Waldstrauch, und wie wir hören, hat auch der ehemalige Forstverband Altensteig den 90. Geburtstag des Herrn Forstdirektors a. D. Stod zum Anlaß genommen, seiner in einem Glückwunschschreiben besonders zu gedenken. Seitens der Forstdirektion fand am Samstag auf dem Traißeberghotel beim Lichtenstein eine Feier für Forstdirektor a. D. Karl Stod statt, wo er anläßlich seines 90. Geburtstages eine besondere und sicher wohlverdiente Ehrung erfahren durfte. Auch wir senden dem Freund des Schwarzwaldes und dem ehemaligen Oberförster von Altensteig herzlichsten Glückwunsch!

**Erweiterung der Bedarfsbescheinigungspflicht für unedle Metalle.** Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt uns: Nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums vom 6. 11. 1934 hat die praktische Erfahrung ergeben, daß die Freistellung von gewalzten Anoden, sowie von Lötzinn in Stangen und Stengeln eine Verringerung der erlassenen Bestimmungen notwendig gemacht hat. Infolgedessen unterliegen von nun an Anoden jeder Art, also sowohl gewalzte, gegossene wie auch Gitteranoden als handelsübliche Formen von Rohmaterial der Bedarfsbescheinigungspflicht. Aus demselben Grunde dürfen Lötzinn, Lagermetall und ähnliche Legierungen in sogenannten Stangen oder Stengeln ebenfalls nur gegen Bedarfsbescheinigung abgegeben werden. Anträge sind an die Handwerkskammer zu richten. In diesem Zusammenhange muß daran erinnert werden, daß die Herstellung und Verwendung von Lötzinn mit mehr als 40 Prozent Zinngehalt verboten ist, außer wenn es sich um solches Zinn handelt, das zur Herstellung von Gegenständen verwendet werden soll, die mit dem Mund oder mit Nahrungsmitteln in unmittelbare Berührung kommen. Formulare zur Antragsstellung können von der Handwerkskammer Reutlingen bezogen werden.

**Wichtigere Zurückhaltung von Postpaketen.** Die Reichspost beabsichtigt, die Zurückhaltung von Postpaketen und Gütern im Ortszustellbereich zu verbilligen, wenn der Abnehmer gleichzeitig mehrere Einkundungen mit einer Paket- oder Postgutkarte an denselben Empfänger einleiert. Zu welchem Zeitpunkt die Ermäßigung in Kraft treten kann, läßt sich mit Sicherheit erst dann angeben, wenn feststeht, daß die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Art der Ermäßigung ist so gedacht, daß, wenn die Gebühr vorausbehalten wird, für das Paket oder Postgut die volle Einkundungsgebühr, für jede weitere Sendung die Hälfte erhoben wird.

**Voller Winter im Hochschwarzwald.** Neue Schneefälle und verstärkte Fröste haben im gesamten hohen Schwarzwald die Winterstimmung wiederhergestellt. Auf den Kuppen und Klüften des südlichen Gebirgstales hat die Schneedecke sich gleich und einer Reihe von Stälkältern über das Bodenebene die Möglichkeit gegeben, beschränkte Befahrungsfahrten zu unternehmen. Vom Mollis des Feldberg zieht eine gut geschlossene Schneedecke von etwa 25 Zentimeter Mächtigkeit bis zu den Waldpartien nieder. Die Inhaber der Berghotels und die Gemeinden haben alle Vorbereitungen für den Aufstakt der allgemeinen Wintersportreisen getroffen. Eine Reihe von Bahnschlitten mit Kauenpendelheber stehen zum unmittelbaren Einjah für sämtliche Höhenzufahrtstrecken bereit.

**Die Deutsche Angestelltenkammer, Ortsgruppe Altensteig,** hielt vergangenen Samstag die Eröffnungsfest der Winterbildungsarbeit ab und kann auf einen gut verlaufenen Abend zurückblicken. Nach einem Eröffnungsmarsch, geleitet vom Streichorchester der hiesigen Stadtkapelle, sprach ein Mitglied der weiblichen Angestellten einen selbst verfassten Prolog, dem die Begrüßungsworte des Ortsgruppenwarts folgte. Derselbe stellte mit Begrüßung fest, daß die Veranstaltung gut besucht war und in kurzen Zügen die vorgesehene Winterbildungsarbeit bekannt und forderte zum Schluß Mitglieder und Betriebsinhaber an, die vorgesehene Vorträge und Lehrgänge zu besuchen. Darauf sprach der Redner des Abends, Berufsberater Seidel, Reutlingen, über „Berufsberatung und Berufshilfe“ — Dienst der Nation“. Dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der in den letzten anderthalb Jahren mit gutem Erfolg geführt wurde, haben sich auch die Angestellten eingegliedert. Durch berufliche Berufsschulung wird der Angestellte, der noch außerhalb des Betriebes stehen muß, seinem Berufe erhalten und nicht entfremdet, daß er bei Wiederantreten einer Stellung sofort wieder ganz seinen Mann stellen kann. Die im Beruf stehenden Kameraden werden durch die Berufsschulung auch in andere Gebiete des Berufslebens eingeführt, damit die Leistung gesteigert wird und so beigetragen wird, dem guten Ruf des deutschen Arbeiters wieder die Geltung zu verschaffen, welche ihm gebührt und welche er früher in der ganzen Welt inne hatte. Seine inhaltswollen Ausführungen schloß der Redner mit dem Wunsch, daß auch hier in Altensteig die Berufsschulung gute Früchte trage. Damit auch der gesellschaftliche Teil nicht vernachlässigt sei, gaben einige Mitglieder der D. A. einen schwäbischen Schwanz zum Besten, welcher gut gefiel und die Lachmuskeln ergiebig beanspruchte, ebenso die näher vorgetragenen Couplets und Duetts. Den Schlußworten des Ortsgruppenwarts, welche mit einem „Siegehe!“ auf den Führer und dem Deutschland- und Gott-Weilchen ausklangen, folgte noch ein gemütliches Bei-

fammensein, welche durch die gute Musik des Streichorchesters entsprechend gewürzt wurde.

**Die Zusammenkunft der K. d. V., Ortsgruppe Altensteig,** fand diesmal unter dem Zeichen der Gasgeräte. Die Vorliebe begrüßte die Anwesenden und erinnerte dann an unser treues und eifriges seit Gründung des Vereins demselben zugehöriges Mitglied Frau Marie Luz, deren Hinscheiden durch Vergehen von den Stählen geehrt wurde. Dann verlas Frau Dörkheimer ein Rundschreiben an die Ortsgruppen von der Versuchsstelle der Hauswirtschaft der Reichsgemeinschaft deutscher Hausfrauen in Leipzig. Durch diese Rundschreiben, die künftig jeden Monat herauskommen sollen, werden die Ortsgruppen stets auf dem Laufenden gehalten über die Arbeit und Ergebnisse der Versuchsstelle. — Vom Kassenbestand wurden dann noch 60 Mark für das Winterhilfswort bestimmt und auf die Reisekasse wurde für jedes Mitglied 150 Mark überwiesen. — Nun hielt Herr Baublen von Waiblingen seinen Vortrag über: „Leuna Propan — flüssiges Gas, und erklärte dabei seine Vorführungs-Anlage, darunter einen Gasherd für zwei Flammen, einen Gasherd für vier Flammen, Backofen, Wärmeraum und Abstellplatten. Es gibt auch Kombinationen: Gasherde mit Kochabteilung für Kohlen. Dann zeigte Herr Baublen einen Gasherdofen und seine verschiedenartige Verwendung, zum Bad, für den Waschtisch und sonstiger gemeinsamer Warmwassererwärmung. Auch ein Heizofen wurde gezeigt, der einen normalen Raum von etwa 90 Kubikmeter um 18 Grad Celsius in etwa 20 Minuten zu erwärmen vermag. Sämtliche Gasgeräte — auch schöne Kochtöpfe, teilweise zum übereinanderstellen, waren aufgestellt — erschienen sehr vornehm für kleine Familien und da, wo die Hausfrau stets selbst kocht und mit der Zeit sich darin auskennt, wie mit Gas am rationellsten gewirtschaftet werden kann. Familien, welche sich für einen solchen Gasherd etc. interessieren, können jegliche nähere Auskunft darüber von Herrn Franz Müller erhalten. Leuna Propan ist ein flüssiges Gas zum Kochen und Heizen, welches sich in Stahlflaschen gefüllt überallhin versenden läßt. Propan enthält kein Kohlenoxyd, ist also ungiftig und kann sofort aus der Flasche verdrängt werden. Frau Dörkheimer dankte H. Baublen für seinen interessanten Vortrag und seine aufführenden Vorführungen sowie auch Herrn Müller für alle seine Vorbereitungen und Mühe, welche für ihn damit verbunden waren. Es ist im Interesse der Hausfrauen nur zu wünschen, daß dieses Leuna Propan, welches im Vergleich zu Stadgas als Vorgas angeprochen werden kann, sich Eingang verschafft und vielen Hausfrauen zur Arbeitserleichterung wird.

## Morgen beginnen wir mit unserem neuen Roman „Die Gemeindelast“

Der Schicksalsweg eines Waisenkindes von Gert Rothberg

**Freudenstadt, 13. November.** (82. Geburtstag.) Heute, 13. Nov., feiert Frau Pauline Schmidt, Doktors-Witwe, ihren 82. Geburtstag in voller Gesundheit.

**Vom Kuhstein, 13. November.** (Neue Schilwege.) Auf der Abfallstraße vom 1035 Meter hohen Seeopf zum Kuhstein, 916 Meter, waren die direkten Abfahrten in den oberen Waldpartien vom Wildsee her bis oberhalb der Kuhsteinwiesen mit der Zeit stark zugewachsen, wodurch sich mit der Zunahme des Schnees immer gefährlichere Zustände bildeten. Hier ist nun Abhilfe geschaffen worden, indem durch weite Ausbichte in dem schütterten, nicht wertvollen Baumbestand entsprechende Flächen freigelegt wurden, die sowohl Handübungsfahrten als auch freie Abfahrten zur Kuhsteinwiese gestatten. Die Ausbichte liegen in der markierten Höhenwegstrecke und werden als Südteil des im Werden begriffenen Schilwegeknies Baden-Baden-Sandhornsteine-Kuhstein-Kniebis zu betrachten sein. Die bisher vorhandene, weniger geeignete Wegstrecke in mehreren Serpentinien bleibt unverändert erhalten.

**Dedenpfronn, 13. November.** (Schwerer Unfall.) In den letzten Tagen begannen in Dedenpfronn die Holzhauerarbeiten. Leider ereignete sich gleich am ersten Tage ein Unfall. Der 38jährige Albert Süher wollte gerade einer fallenden Tanne ausweichen und kam dabei zu Fall. In dem kurzen Augenblick konnte er sich auf dem Boden nicht mehr ganz in Sicherheit bringen. Die Tanne schlug ihm ein Bein ab. Ärztliche Hilfe war bald zur Stelle. Am anderen Tage wurde er in das Kreiskrankenhaus Herrenberg verbracht.

**Sulz, 13. November.** (Bahnhof-Einbruch.) In der Nacht auf Sonntag wurde im Bahnhof Sulz eingebrochen und die Fahrkartentafel verurteilt. Dem Einbrecher sind etwa 80 Mark in die Hände gefallen. Wie festgestellt wurde, hat der Täter bereits in der Nacht auf Samstag einen Einbruch auf die Stationskasse geplant, der ihm aber nicht gelang. Am Samstag ist der Einbrecher in den Keller eingedrungen, wo er sich einschließen ließ; und nachdem nachts alles in Ruhe war, hat er seine Tat begangen.

**Stuttgart, 14. Nov.** (Dr. v. Krentelen spricht.) Der Reichshauptamtsleiter der NS.-Fago, Dr. v. Krentelen-Berlin, wird am Freitag, 16. November d. J., abends in einer Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in der Stadthalle sprechen.

**Freudiges Ereignis im Hause Württemberg.** Herzogin Rosa von Württemberg, die Gemahlin des Herzogs Philipp Albrecht, ist am 12. ds. Mts. in Altshausen von einer gesunden Tochter glücklich entbunden worden.

**Ellwangen, 13. Nov.** (Ein abschreckendes Urteil.) B. Windmüller von Ellwangen hatte in den Monaten März bis August an 21 Tagen neben seinem Arbeitsverdienst noch Krankenlohn bezogen, weshalb er sich vor dem Amtsgericht zu verantworten hatte. Er wurde wegen dieser gemeinen Schädigung öffentlicher Mittel zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, als abschreckendes Mittel für Volksschädlinge.

**Münzingen, 13. Nov.** (Todesfall.) Infolge Herzschlags verschied hier mitten aus seinem Wirkungskreise Hauptmann und Kompanieführer Felix Schneider. Er war ein in Krieg und Frieden sehr bewährter Offizier, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse sowie verschiedener anderer Orden.

### Buhtag am Mittwoch den 21. November

Vom Polizeipräsidium Stuttgart wird uns geschrieben: Der Buhtag am Mittwoch den 21. November, ist allgemeiner Feiertag im Sinne der reichs- und landesrechtlichen Vorschriften. An diesem Tage dürfen Arbeiter und Angestellte nicht beschäftigt werden, die offenen Verkaufsstellen sind geschlossen zu halten. Zugelassen ist nur von 7—13 Uhr der Verkauf von Milch in die Kundenhäuser, sowie die Beschäftigung von Hilfskräften hierbei. Nach reichsrechtlichen Vorschriften sind am Buhtag den ganzen Tag über (von Mitternacht bis Mitternacht) verboten:

1. Sportliche und turnerische Veranstaltungen gewerblicher Art und ähnliche Darbietungen, sowie sportliche und turnerische Veranstaltungen nicht gewerblicher Art, sofern sie mit Aus- oder Umzügen mit Unterhaltungsmusik oder Festveranstaltungen verbunden sind;
  2. in Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art;
  3. alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen (z. B. Theater, Kinovorstellungen), sofern bei ihnen nicht der dem Buhtag entsprechende ernste Charakter gewahrt ist.
- Das Polizeipräsidium wird auch keine Erlaubnis zum Außer- und Innengänge in Gärten für die Zeit nach 24 Uhr in der Nacht vom 21. bis 22. November geben.

### Bürgersteuer 1935 und Einwohnersteuer 1935

Stuttgart, 13. Nov. Das Staatsministerium hat unter dem 8. November ein Gesetz über die Erhebung der Bürgersteuer 1935 und die Einwohnersteuer 1935 erlassen. Art. 1 trifft folgende allgemeine Regelung: 1. Die Gemeinden, die die Bürgersteuer 1934 erhoben haben, sind vorbehaltlich des Abs. 3 verpflichtet, die Bürgersteuer 1935 zu erheben und zwar mindestens mit dem örtlichen Hundertsatz des Reichsmaßes der Bürgersteuer 1934. 2. Die Gemeinden, die die Einwohnersteuer 1934 erhoben haben, sind verpflichtet, die Einwohnersteuer 1935 zu erheben und zwar mindestens mit dem örtlichen Hundertsatz der Einwohnersteuer 1934. 3. Die Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner sind verpflichtet, statt der Bürgersteuer 1935 die Einwohnersteuer 1935 zu erheben. Betrag der Hundertsatz des Reichsmaßes zur Bürgersteuer 1934 in einer Gemeinde mehr als 300 Prozent, so ist die Bürgersteuer 1935 gemäß Abs. 1 zu erheben.

Art. 2 läßt Ausnahmen zu, wenn die allgemeine Regelung in einer Gemeinde zu einer unbilligen Härte führt. Dann kann mit Zustimmung des Innen- und des Finanzministeriums eine abweichende Regelung getroffen werden.

Nach Art. 3 ist bei der Erhebung der Bürgersteuer stets das Lohnabzugsverfahren anzuwenden.

Durch Art. 4 werden das Innen- und das Finanzministerium ermächtigt, die auf das Land Württemberg entfallende Entschädigung des Reiches auf die Gemeinden angemessen zu verteilen. Dieses Gesetz ist bereits mit Wirkung vom 18. Oktober 1934 in Kraft getreten.

### Gegen den „Blondstimmel“

Stuttgart, 13. Nov. Ministerialrat Dr. med. Stähle sprach in einem Vortrag vor den Mitgliedern des NS.-Lehrerbundes des Kreises Stuttgart über Vervollkommnung. Wenn wir bemüht sind, so führt er u. a. aus, unser Volk von allem Fremdrassischen zu säubern, so dürfen wir aber innerhalb unserer eigenen Rassen nicht in einen Rassenmaterialismus verfallen; letzterer gesprochen, nicht dem gegenwärtig grassierenden „Blondstimmel“ kultigen, dem jetzt schon Ströme von Wasserhülfsopern geopfert werden, um als raffinierter Arier weithin zu leuchten. Das äußere Erscheinungsbild braucht keineswegs dem inneren Erbbild zu gleichen, da die Natur beides getrennt vererben kann. Nicht jeder und jede Hochblonde ist innerlich ebenso reingermanisch und in vielen Dunkelhaarigen heßt eine heldeische Seele. Nach dem äußeren Bild über Rassenwert oder Unwert zu urteilen, ist falsch und ungerecht und zeugt von wenig Weisheit in der Sache. Entscheidend allein ist das Innere des Menschen!

### Aus Baden

**Tennenbronn, 13. November.** (Tot aufgefunden.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Sonntag oberhalb des Gasthauses „Adler“ in Langenshlatt. Der auf dem Heimweg befindliche ledige 23jährige Otto Kallenbacher, Mechaniker bei der Fa. Heinemann (St. Georgen), ist mit seinem Fahrrad gegen einen Baum gefahren. Da die Straße dort sehr abschüssig ist und Kallenbacher anscheinend ziemlich rasch gefahren ist, zertrümmerte er sich die Schädeldecke und konnte Sonntagfrüh nur noch tot aufgefunden werden.

**Bränningen, 13. Nov.** (Für das W. S. V.) Von der hiesigen Stadtgemeinde werden dem Winterhilfswerk 100 Christbäume für arme Familien zur Verfügung gestellt.

**Griesheim, A. Stauf, 13. Nov.** (Treibjagd.) Bei den hier dieler Tage abgehaltenen Treibjagden wurden 408 Hagen, 52 Aalunen, 12 Rebhühner und 1 Fuhs erlegt.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Großfeuer auf Gutshöfen.** Auf zwei Gutshöfen in nächster Nähe von Königsberg entstand Großfeuer. Auf dem Gute Friedrichswalde brannte eine etwa 40 Meter lange, mit Getreide gefüllte Scheune und ein angrenzender Stall nieder. Auch auf dem Gut Klein Kathof ging eine große Scheune in Flammen auf. Dieses Zusammenreffen zweier Großfeuer ist umso auffälliger, als erst in der vergangenen Woche auf Klein Kathof ein großes Scheunengebäude mit reichen Erntevorräten in Asche gelegt worden ist.

**Sprengstoffunglück in Kalifornien.** Beim Umladen von 7500 Pound Sprengpulver aus Containern in Sack in einem Steinbruch in Kalifornien ereignete sich ein bisher ungeklärter Unfall eine Explosion. Die Kleidung der neun Arbeiter, die mit dem Umladen beschäftigt waren, ging Feuer. Sechs Arbeiter verbrannten bei lebendigem Leibe.

**Bergwerkunglück bei Cordoba.** In einer Grube in der Nähe von Cordoba entstand durch eine verfrühte Explosion bei einer Sprengung ein Erdrutsch. Eine Reihe von Arbeitern wurden verschüttet. Drei von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden, zwei weitere erlitten schwere Verletzungen.

# Rundfunk

Donnerstag, 15. November:

- 10.15 Nach Frankfurt: Schulfunk für alle Schulen: Volkshochschulen
- 10.45 Aus Mannheim: Musikstunde
- 12.00 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 13.15 Aus Frankfurt: Weitere Kurzgeschichten in Wort und Ton
- 15.30 Frauenstunde: „Ein Schillergespräch 1850“
- 16.00 Aus Pforzheim: Nachmittagskonzert
- 18.00 Nach Frankfurt: Spanischer Sprachunterricht
- 18.15 Kurzgespräch
- 18.30 Volksmusik
- 18.45 Aus Goslar: Reichsbauernversammlung 1934 zu Goslar
- 19.00 „Die Klänge am Brunnen“
- 20.10 Nach Frankfurt: Saaramschau
- 20.30 Orchesterkonzert
- 21.00 Nach Königsberg: Mensch ohne Heimat
- 22.30 Aus Königsberg: Unterhaltungs- und Tanzmusik
- 24.00 Nach Frankfurt: Nachtmusik

## Handel und Verkehr

Zeitwirtschaft

**Selbstverkauf von Kartoffeln durch Bauer freigegeben.** Von amtlicher Stelle wird uns folgendes Telegramm zur Berücksichtigung mitgeteilt: Reichsanwalt hat Selbstverkauf der Kartoffeln durch Bauern freigegeben. Bauer braucht nicht mehr als Erzeugermindepreis zu fordern. Ich bitte darauf zu achten, daß diese Regelung weitestgehend bekannt wird, weil sie eine erhebliche Herabsetzung des Einkaufspreises ermöglicht. Reichskommissar für Preisüberwachung.

Börse

**Berliner Börse vom 13. Nov.** Die Börse verlief im allgemeinen etwas freundlicher. Das Geschäft hat leicht zugenommen, jedoch fehlt noch das breitere Publikum. Altbörsen etwas freundlicher, Reichsschuldloosforderungen ebenso. Bausparbriefe und Kommunalobligationen meist 0,25-0,5 Prozent höher. Der Geldmarkt ist nach wie vor leicht bei Tagesgeldbörsen unter 4 Prozent. Am Devisenmarkt lag das Pfund etwas teurer, auch gegenüber dem Dollar.

Weizen

**Stuttgarter Amtlicher Großmarkt für Getreide und Futtermittel vom 13. Nov.** Brotgetreide und Mehl haben stetigen Abzug. Braugerste liegt weiterhin fest. Mälzereiprodukte und Futtergetreide sind dauernd begehrt. In Futtermittel und Hafer fehlt nahezu jedes Angebot. Am heutigen Markt notierten: Weizen 20.40, Roggen 16.60, Braugerste 18.50-20, Helte 20-21.50, Futtermittel 15.50, Hafer 16.10, Weizenmehl 11-10, Kleben 11 bis 12, Stroh 4.20-4.50, Weizenmehl 27.30, Roggenmehl 24, Weizenmehl 16.20, Weizenfuttermehl 11.70, Weizenkleie 10.20, Weizenrollkleie 10.70, Roggenrollkleie 9.96 RM.

Kälber

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 13. November.** Zufuhr: 47 Ochsen, 30 Bullen, 219 Jungbullen, 124 Kühe, 411 Färsen, 1191 Kälber, 2140 Schweine, 1 Ziege. Unerkauft: 9 Ochsen, 1 Kuh, 31 Jungbullen, 7 Kühe, 55 Färsen. Ochsen: ausgem. 33-36, vorh. 29-32. Bullen: ausgem. 34-36 (una.), vorh. 29-34 (30-34), fl. 26-29 (una.). Kühe: ausgem. 28-30, vorh. 22-25, fl. 15-19, ger. 10 bis 12. Färsen: ausgem. 33-40 (una.), vorh. 30-35 (una.), fl. 26 bis 28 (una.). Kälber: feinstes Maß und beste Saugl. 43-47 (una.), mittl. 38-42 (una.), ger. 31-37 (31-36). Schweine: über 300 Pf. 53 (una.), von 240-300 Pf. 53 (una.), von 200-240 Pf. 52-53 (una.), von 160-200 Pf. 49-52 (49-51), von 120-160 Pf. 46-48 (49-50). Sauen 44 bis 48 (45-48) RM. Marktverlauf: Großvieh ruhig, Kälber mäßig befehrt, Schweine fette lebhaft, sonst ruhig.

**Stuttgarter Großhandelspreise für Fleisch und Fettwaren.** Ballenfleisch 48-56, Kubfleisch 28-40, Färsfleisch 44-66, Kalbfleisch 59-71, Hammelfleisch 69-75, Schweinefleisch 56-78, Fettwaren: roher Speck 80-82, Hinken 80-82 Pfg. Marktverlauf: langsam.

**Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 13. Nov.** Preise: Ochsen a 37-38, b 31-36, c 27-30, Bullen a 35-36, b 31-34, c 27 bis 30, Kühe a 30-32, b 24-29, c 16-23, d 11-15, Färsen a 37 bis 38, b 31-36, c 27-30, Kälber a 48-52, b 42-47, c 38-41, d 30-35, Schweine b 53, c 50-52, d 47-52, e 46-50. Arbeitspferde 450-1050, Schlachtperde 25-120 RM.

### Wetter für Donnerstag

Im Nordosten liegt Hochdruck, während sich von Island her ein breites Tiefdruckgebiet gegen das Festland heranschiebt. Für Donnerstag ist zwar noch zeitweilig aufheiterndes, aber zur Unbeständigkeit neigendes Wetter zu erwarten.

### Aus amtlichen Publikationen

#### Viehzählung.

Am 3. Dezember ds. Js. werden nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 8. November ds. Js. (Staatsanzeiger Nr. 282) wie alljährlich Pferde, Esel (auch Maulesel, Kaultiere), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner, jedoch ohne Trut- und Perlhühner) und Bienenstöcke gezählt. Die Bürgermeisterämter, deren Aufgabe die Durchführung der Viehzählung ist, werden auf die obengenannte Verordnung hingewiesen. Die Fristen sind genau einzuhalten. Die erforderlichen Bordründe gehen den Gemeindebehörden zu. Nagold, den 12. November 1934.

Oberamt: Dr. Lauffet, A.B.

## Der Saar-Abstimmungs-Kalender

Ein Beitrag zum Winterhilfswerk an der Saar

Zum Preis von M. 1.- zu haben in der Buchhandlung Laub, Altensteig.

### Deutsche Kapag-Holzfasern Isolor-Bauplatten

5-20 mm - Lagergröße 150x300 cm für Wände, Decken und als Linoleumunterlage gegen Kälte, Hitze, Feuchtigkeit und Schall in wetterfester Ausführung für Außenwände

Zu beziehen durch: **Georg Schneider**, am Bahnhof, Altensteig Fernsprecher Nr. 385.

Täler- und Bodenriemen sowie Torkmüll bei Oblgem.



## Aufruf zur deutschen olympischen Schulung

**Wir Deutschen haben uns lange Zeit damit begnügt, führend im Reiche des Geistes zu sein.** Das Volk der Dichter und Denker, wie uns andere Nationen bezeichnet haben, hat es lange nicht vermocht, sich in der harten Wirklichkeit die realen Grundlagen seiner politischen Existenz zu schaffen. Das schwere Schicksal, das Deutschland traf, hat ein neues Geschlecht erzogen, das hart und unbegreiflich den Tatsachen ins Auge sieht und sich nicht in einer Welt von Illusionen verliert. Der Bildung des Geistes ist die Erziehung des Körpers an die Seite getreten. Mit der Begeisterung eines jugendlichen Volkes haben wir den Gedanken des Sports aufgegriffen und uns zur ersten Reihe der sporttreibenden Nationen emporgeräumt. Im Jahre 1936 werden wir uns mit den Völkern der Erde messen und ihnen zeigen, welche Kräfte die Idee der deutschen Volksgemeinschaft auszulösen imstande ist. Deutschland hat nie kriegerischen Ehrgeiz besessen, sondern seinen Ruhm im friedlichen Ringen der Nationen gesucht. Für den Weltkampf der Olympischen Spiele 1936 soll sich Deutschlands Jugend in den kommenden Monaten mit aller Kraft rüsten. Das kommende Jahr wird das Jahr der olympischen Schulung sein.

**Dr. Frick**  
Reichsminister des Innern  
**Dr. Goebbels**  
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda

**von Chamber und Osten**  
Reichsportführer

### Gestorben

Calw: **Jacob Schweizer** - Wilhelmine Oberle Wwe. geb. Widmann, 78 Jahre alt.

Druck und Verlag: W. Kiefer'sche Buchdruckerei in Altensteig.  
Hauptvertrieb: L. Laub, Anzeigenleitung: Gust. Wohlisch.  
Altensteig, D.-W. d. L. W.: 2100

## Bekanntmachungen der NSDAP.

NSDAP, Ortsgr. Altensteig

**1. Donnerstagsabend um 8.30 Uhr** beginnt im „Grünen Saal“ die Mitgliederversammlung, verbunden mit einer Schlichterfeier. Die Mitglieder der Gliederungen sind zur Teilnahme eingeladen.

**2. Freitagabend um 8 Uhr** findet in Nagold im „Waldborn“ Saal eine Kreisbildungstagung statt, zu der sämtliche Parteileiter und Amtswalter zu erscheinen haben. Näheres über Abfahrtsort am Donnerstagsabend. **Stellv. Ortsgruppenleiter**

**BSW (Vereingemeinschaft weiblicher Angestellter)**

Donnerstagsabend 8.30 Uhr im Lokal Monatsversammlung. Unsere Referentin, **Fr. Pirchle**, Reutlingen, spricht über „Die deutsche Frau im Beruf und Leben“. Erscheinen ist Pflicht. **B. Wieland**

**Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen**

**Deutsche Arbeitsfront, Rechtsberatungsstelle Kreis Nagold**  
Heute nachmittag findet von 5-6 Uhr eine Sprechstunde für die Gefolgschaftsmitglieder der Deutschen Arbeitsfront auf dem Geschäftszimmer der Verwaltungsstelle der Deutschen Arbeitsfront, Nagold, Freudenstädterstraße 19, statt.

**Kreisorganisationsamt Freudenstadt**

Die Anordnung des Kreisleiters vom 26. Sept. 1934, wonach sämtliche Ortsgruppen, Stützpunkte und Zellen des Kreises Freudenstadt ein Archiv anzulegen und fortzuführen haben, wozu zum Teil nicht beachtet. Die sämtlichen Dienststellenleiter haben bis spätestens 15. November 1934 Vollzugsmeldung an das Kreisorganisationsamt zu machen.

## Beste Nachrichten

### Schreckliche Bluttat im Amtsgericht

**Nürnberg, 14. November.** Das Amtsgerichtsgebäude in Lichtenfels war am Dienstagvormittag der Schauplatz einer furchtbaren Bluttat. Die 17jährige Franziska Dollinger, die bei dem Vollstreckungsoberssekretär Had beschäftigt gewesen war, trat gegen 9.45 Uhr in dessen Amtszimmer und legte ihm eine Abmeldebescheinigung für die Ortskrankenkasse vor. Während Had das Formular ausfüllte, nahm die Dollinger ein Schlächtermesser aus ihrer Eintausf Tasche und verpficht dem nichtsahnenden einen Stich in den Hals, der die Schlagader traf. Ein zweiter Stich traf ihn in den Unterleib. Der Oberssekretär unternahm noch den Versuch, einen nahe wohnenden Arzt aufzusuchen, brach aber unterwegs blutüberlötzt zusammen. Die Dollinger dürfte aus Verärgerung über ihre Entlassung aus dem Dienst die Tat begangen haben. Sie wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Lichtenfels eingeliefert.

### Der Londoner Besuch von Ribbentrops

**London, 13. November.** Auch in britischen amtlichen Kreisen werden nunmehr die Vermutungen, daß Herr von Ribbentrop nach London gekommen sei, um die Rückkehr Deutschlands in den Völkербund nach seiner Befreiung von den Abstrichbestimmungen des Versailles Vertrages zu erörtern, in Abrede gestellt.

### Außenpolitische Rede Laval vor dem zuständigen Kammerauschuh

**Paris, 14. November.** Außenminister Laval wird am Donnerstagnachmittag vor dem auswärtigen Kammerauschuh und, wie bereits angekündigt, am Freitagnachmittag vor dem auswärtigen Senatsauschuh über die auswärtige Politik der Regierung und über seine Pläne für die Völkербundesarbeiten sprechen.

### Kommunistische Organisations in China erschossen

**Schanghai, 13. November.** In Kaijiong, der Hauptstadt der Provinz Honan, erschoss die Polizei den Bevollmächtigten der Kommunistischen Internationale in China, Wang Tshinglin, und dessen vier Begleiter auf der Flucht. Sie waren nach China gekommen, um die chinesische kommunistische Bewegung neu zu organisieren. Die Polizei entdeckte im Kaijiong eine umfangreiche politische Organisation, die einen neuen Aufstandsversuch gegen die chinesische Regierung vorbereitete. 200 Personen wurden verhaftet.

## Männer am Meer

Ein Roman unter schottischen Fischern von **L. A. STRONG**



Der alte Macrae hat zwei Söhne: Fergus ist bärenstark, gutherzig und einfältig, sein Bruder John ist schwach, aber schlauer als alle andern im Dorf. Deshalb muß auch Fergus auf viele Jahre ins Gefängnis, als man das Waisenkind Mary, das ihn liebt, tot am Strand findet, während John als geachteter Mann im Dorf bleiben darf. Das Buch kostet broschiert 3 M., in Ganzleinen 4 M. Zu haben bei:

**Buchhandlung Laub, Altensteig**



**Musik-Verein Altensteig**

**Heute keine Singstunde,**  
aber wieder nächsten Mittwoch.

### Osram-Lampen Sicherungen

kauft man bei **Heinrich Müller, Altensteig** Flaschnerel und Installationsgeschäft, Fernsprecher 226.

**Reizern.**  
**Stug- und Fabrtub**  
hat zu verkaufen



**Freig. Schlicht.**

**Altensteig**  
Gesucht wird jüngeres, ehrlches **Mädchen** das möglichst schon in Verbindung war.

**Konditorei und Café Bester.**

**Stets blanke Möbel**  
durch Dr. Erle's Möbelpark „Wunderschön“  
Drogerie Schlumberger.

Soeben ist erschienen:

### Reichs-Strassen-Verkehrs-Ordnung

vom 28. Mai 1934, mit Ausführungsanordnungen v. 28. Sept. und 1. Oktober 1934. Taschenformat Preis Mk. 1.-

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Laub**  
Altensteig